

in derselben Session hat nicht viel Wert! Masche Hilfe ist geboten, und diese kann jetzt der Reichstag nicht bringen; das Abgeordnetenhaus muß hier einsetzen. Wir begreifen den Versuch der Sozialdemokratie im Reichstag, im Abgeordnetenhaus sind sie nicht vertreten. Nachdem aber dort das Zentrum vorgegangen ist, wollen sie aus parteitaktischen Gründen nicht zurückbleiben und so verfielen sie auf obigen Zuweg!

Mit aller Entschiedenheit muß die öffentliche Meinung fordern, daß von seiten der Gesetzgebung etwas geschieht. Es handelt sich beim Kohlenarbeiterstreik um eine große nationale Sache; ganz Deutschland leidet unter demselben. Und das soll man sich bieten lassen infolge der Halsstarrigkeit einiger Multimillionäre! Das Ansehen des Staates erfordert ein Einschreiten! Der Staat muß zeigen, daß er über dem geldgierigen Kapitalismus steht! Wenn er dies jetzt zeigt, gewinnt er einen riesigen Bonus von Vertrauen in den Kreisen der Arbeiter; legt er aber die Hände in den Schoß, so verlierst er ungemein vieles. Jahrzehntelange Fürsorge für die Arbeiter kann den Verlust nicht ersetzen, der jetzt durch eine Untätigkeit des Staates eintritt.

In den maßgebenden Kreisen ist man sich darüber auch völlig klar; der Reichskanzler, obwohl leicht erstaunt, verhandelte wiederholst mit dem Handelsminister, Graf Bülow kann sich nun als sozialer Kanzler ein Denkmal für alle Zeiten setzen! Er darf nur anordnen, daß alle bestehenden Gesetze zum Schutz der Bergarbeiter aufs vünftlichste durchgeführt werden! Ferner genügt ein winzig kleines Gesetz. Dasselbe darf mir bestimmen, daß der Staat das Recht hat, bei mißbräuchlicher Ausnutzung des Nutzungsrechtes und wo das Interesse der Allgemeinheit es erfordert, die Bergwerksbetriebe auf Kosten der Unternehmer fortzusetzen. Dann genehmigt der Staat die dringendsten Forderungen der Bergleute, diese fahren ein, auf Kosten des Syndikats wird der Betrieb vom Staate so lange geführt, bis die Bechenbesitzer vernünftig werden! Ein solches Gesetz kann in 24 Stunden im Reichstage oder im Abgeordnetenhaus verabschiedet werden und die Abstimmung alleseamt sind verstimmt. Wir sind fest überzeugt, daß die Bechenbesitzer es gar nicht so weit kommen lassen, wenn nur Graf Bülow ein entscheidendes Wort spricht!

Das Zentrum tut in dieser Frage, was es tun kann; erhöhte Mittel stehen ihm nicht zur Verfügung. Die gesamte Leistungsfähigkeit sollte hinter diese Frage treten und einfach im Interesse des Gemeinwohles, das höher steht als die Dividenden des Syndikats, ein Einigtreten des Staates fordern.

Deutscher Reichstag

Centralblatt für Mathematik.

Berlin, 125. Stunde am 26. Januar 1855.
Vor Eintritt in die Zugesordnung erklärt Staatssekretär
Graf Bölsdorff, daß der Handelsvertrag mit Leichten-
Ungarn gestern abend unterzeichnet worden sei. Er dürfe an-
nehmen, daß der Bundesrat seine Einschätzungen so berücksichtige,
daß am 1. Februar sämtliche Handelsverträge dem Reichs-
tag zugeleitet werden. Da dann alle zu Herrn Dr. kommenden Fragen er-
örtert werden, darf ich annehmen, daß die Interpellation Römann
und besonders hierauf als erledigt angesehen werden.

Das Haus setzt die Prämisse des Verteils fort. — Abg. von Känel (FDP): Die Postverrichtungen in der Schweiz stehen den in Deutschland mindestens gleich. Der Verlust des Staatssefes für vom August 1901 bedeutet einen sozialpolitischen Fortschritt gegen die Gönnerstellung des Postverfalls am Sonntag vor mittag habe ich aber doch erhebliche Bedenken. — Abg. Lüthi (Soz.D.): Der späte Schalterabfall schädigt auch die Handlungsgeschäfte; diese müssen bis in die frühen Abendstunden durchgeführt werden; das kann nur überhaupt früher erfolgen. — Abg. Dr. Zürcher (SPD): Ich hält die Erziehung von Beamtenauskünften in der Post für geboten; dann würden sehr viele Beschwerden verschwinden. Die Überpostleitstrecken wünschen schneller eine Halte zu erhalten. Die Gehaltsverbesserungen dürfen nicht abgeschlossen sein. Mit den Anträgen des Zentrums bin ich vollständig einverstanden. Sonntagsförderung ist nur möglich durch ausgiebige Sonntagsreise. Ich kann nicht sicher ruhen, bis der Postbeamten am Sonntag von der Straße verschwindet. Abg. Dr. Wallau (SPD) fordert rascheren Ausbau des Telefonnetzes auf dem kleinen Lande, das noch sehr stark vernachlässigt sei. Unterstaatssekretär Zündt verneint auf seine gestrige Erklärung; wir werden so rasch wie möglich vorgehen. Nun in den Geldmitteln liegt die Beschränkung. — Abg. Duggi (CVP): Ich trete in längeren Ausführungen für eine einheitliche Gestaltung des Dienstalterslizenzen-Systems für die höheren Postbeamten ein; um Schluß wünscht er ein Postabkommen mit der Schweiz, um die hohen Tariffälle zu begrenzen. — Abg. von Berkach (FDP): Vergißt empfiehlt vorläufige Gestaltung von meistlichem Personal. Tunten die Unterbeamten immer noch keinen Verstand durch das gehörte Werk haben? Die Ausübung des Beschwerderechts sollte nicht verflümmt werden. — Abg. Laab (Antif.): Nicht Herabsetzung der Gehälter in Hamburg vor Staatssekretär strafe: Die Abgütung des Bestallgeldes bringt einen Aufschwung von 15 Millionen Mark, wobei diese Geld nehmen? Niemand also ist falsch mehr den Plänen bogen, doch die Beamten freiden sich. Wir müssen momentan die Gehälter der Hohenbeamten verbilligen; insidze der heutigen Finanzlage trübt; aber das Tempo ein langsameres sein. Auch bei den höheren Beamten ist einen Ausgleich herzustellen. (Wissall.) — Abg. Dr. Zündt (FDP): So handelt es um eine politische Frage. Man sollte die politisch interessierenden Beamten im Auge behalten.

Damit ist die Generaldebatte geschlossen. Die Rechtsanwälte um Kreutz, beide Telefonzettelbeherbergung für die Arbeitsstube und Erhöhung der Sonnengruhe durch Einstellung des Post- und Geldverkehrs, werden angenommen. ... Es folgt die Spezialberatung.

Abg. Erzberger (Leute) willst du für die Telegraphenmechaniker Gehöhung der Gehaltszüge, Einführung der Durcharbeitszeit und mehr Gewindheitspflege in dem Arbeitsraum. Weiter willst du neben einer Verbesserung der Lage der Rendauten bei den Oberpostalassen, diesem sollte die höhere Zoutahnb nicht verschlossen sein, zumal sie die entsprechende Rückung abgelegt haben — Abg. Bruhn (Aut.) willst du für die Postassistenten im den Ostseebäumen für den Sommer Feuerungsanlagen — Staatssekretär Kratze antwortet entgegenkommend. — Freiberg v. Hohenberg (Opp. d. Zentr.): Bei den Postämtern dritter Klasse sollte man keine weiblichen Beamten mehr anstellen. — Bei dem Titel: Aufbau zur Kleiderfasse willst du Erzberger (Leute) Aufhebung des Zusatzes der Unterbeamten, welchen die Kleider ebenso gratis geliefert werden sollen, wie in Württemberg. Bei der Regelung dieser Lieferungen soll aber das Handwerk insbesondere das organisierte Handwerk mehr berücksichtigt werden. Daan ist der Postrat erledigt. — Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Nachtragssitzung für Südwürttemberg.

Politische Rundschau

Dresden, den 27 Januar 1906.
— Der Kronprinz hat vor einigen Tagen ein Fest des
„Vereins deutscher Studenten“ mit seiner Gegenwart be-
ehrt. Zum Zeichen des Cambrianus wurden mehrere Reden
gesprochen, und einer der Lieder war:

müsse dem Judentum absagen. Der Kronprinz hatte, bevor diese Neuherung fiel, die nationalen Tendenzen dieses Ver eins rühmend erwähnt, und wenn nicht ein junger Schwärmer, sondern ein alter Diplomat gesprochen hätte, so lög die Annahme nahe, der Redner habe inter pocula den künftigen Kaiser auf den Antisemitismus festlegen wollen. Die jüdische Presse ist sehr entrüstet darüber, daß der Kronprinz nun nicht hiergegen protestiert habe. Man sieht, wie feinfühlig die Herren sind, wenn es sich um ihre eigene Haut handelt. Dieselben Zeitungen geben sonst mit Hochgenuss gegen die Katholiken los.

Reichskanzler-Verantwortlichkeit. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Mittwoch beschlossen, zum Etat des Reichskanzlers nachstehende Resolution einzubringen: „Die vor bündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in Wölde den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches eine wirksame politische und budgetrechtliche Verantwortung des Reichskanzlers festgestellt wird.“ Die Verantwortung des Reichskanzlers ist bereits in der Verfassung festgelegt; sie ist allerdings ein Messer ohne Klinge. Fürst Bismarck verstand sich nie dazu, die Klinge zu liefern, weil er wußte, daß man ihn selbst damit schneiden könnte. Zeither hat die Frage geruht, ob sie nun einen besseren Ausgang nimmt, steht dabin. Der Antrag ist zweifelsohne veranlaßt worden durch das Verhalten bei der südwürttembergischen Expedition. Allerdings ist der Reichskanzler ziemlich unzulässig an den Verstößen in dieser Sache, er wäre bereit gewesen, den Reichstag einzuberufen; aber eine ihm untergeordnete Stelle hielt das nicht für nötig und informierte den Grafen Bülow falsch. Er war deshalb auch sehr empört, als die Angelegenheit die bekannte Wendung in der Budgetkommission des Reichstages nahm!

— Die Budgetkommision des Reichstages erledigte am Mittwoch den Nachtragsetat für Südwesterafrika; der Aufschub zur Beschleunigung der Olavibahn wurde genehmigt. Die Zentrumabgeordneten Erzberger und Gröber betonten, daß das Reich nichts anderes tun konnte, als diese Summe im Interesse der Versorgung unserer Truppen auszuwerfen; beide Redner entgegneten dem Abgeordneten Krendl, der ob des Vertrages die Kolonialverwaltung angegriffen hatten und betont, daß das Reich in einer Notlage sich befunden habe. Erzberger fragte noch an, ob auch Württembergische und bayrische Postbeamten in der Kolonie beschäftigt seien; seitens der Postverwaltung wurde mitgeteilt, daß die bayrische Postverwaltung verzichtet habe auf Sinausfendung von Beamten; aus Württemberg seien bereits zwei Postbeamten in den Kolonien und gestern sei ein dritter auf seine Tropenfähigkeit unterjucht worden. Die Kommission hat insgesamt $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark abgesetzt. Der Etat für die südwesterafrikanische Expedition wurde mitstrichen von 1 600 000 Mark genehmigt. Morgen geht die Beratung des Etats weiter.

Die Budgetkommission des Reichstages trat am Sonnerstag in die Beratung des Etats der Reichspost ein. Der Zentrumssabgeordnete Gröber brachte hierzu in Verbindung mit seinen Freunden den Antrag ein, für die Unterbeamten die Gehaltssähe um 100 Mark zu erhöhen, daß sie 1000 bis 1600 Mark betragen; für die Zulassung den „gehobenen Stellen“ (1200 bis 1800 Mark) wünschte genaue Vorschriften, ähnlich den Dienstalterzulagen für Beamten. Die kleineren Staaten (Württemberg und Hessen) bezahlen ihre Beamten besser. Staatssekretär Röffe teilte mit, daß die Unterbeamten in nächster Zeit eine sehr erhebliche Verbesserung erhalten durch Erhöhung Wohnungsgeldzuschusses. Direktor Wiele teilte mit, daß die Durchführung dieses Antrages insgesamt 4½ Millionen Mark Mehrausgaben erfordere; neben der Erhöhung Wohnungsgeldzuschusses, die drei bis vier Millionen Mark für die Unterbeamten beträgt, werden wir kaum in Lage sein, das Gehalt zu erhöhen. Singer (Soz.) trugt, die gesamten gehobenen Stellen abzulehnen, weil man die Liebedienerei den Ausbildung für die Amtsführung e. Erzberger (Bentr.) wach sich sehr entschieden en diese Art à la Eisenbarth aus; wenn man den Leuten Röff abreiße, hätten sie kein Röffsweh mehr. Die genen Stellen müßten im Interesse der Unterbeamten der Sparsamkeit, da man Beamtenstellen spare, beibehalten werden. Die süddeutschen Postunterbeamten seien besser bezahlt, als die Reichspostbeamten, sofern man selben Kategorien vergleicht. Dr. Paesch (nat.-lib.) es für das wichtigste, daß man das Wohnungsgeld erhöhe, doch stimme er für den Antrag Gröber. Dr. Müller (Freis. Polssp.) unterstützt den Antrag Gröber und auch das System der gehobenen Stellen für richtig. Bischler (Bentr.) legt dar, daß die Verhältnisse der beamten in Bayern weit günstiger seien als im Reiche. Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen.

— Aus dem *Deutsch. Reichstag*, 1888, S. 155.

— Aus dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag der nunmehr fertig ist, veröffentlicht das Wiener Fremdenblatt einzelne Teile. Der Vertrag währt bis 1918; die Abfindung hat 1916 zu erfolgen. Die deutschen Betreibemindes-
tätte bleiben unverändert, ebenso der Zweimarkshab für Buttergesetz unter Kontrollmaßregeln. Zur Unterscheidung von Bran- und Buttergesetz ist die Gewichtsgrenze auf 65 Kilo festgesetzt. Die Zollschwergütung für Gersten-
einfuhrsteine ist von 4 auf 2 Mt. herabgesetzt, der Maizgoll auf 5,75 Mt., der Mehlgoll auf 10,20 Mt. Der Zoll
für Hopfen ist auf 20 Mt. ermäßigt, der auf Nobholz wie gegenüber Russland auf 12 Mt., der für Schnittholz auf 72 Mt. Die Zollsätze auf Geißgöl, Butter und Eier sind
ermäßigt gegen den autonomen Tarif, aber erhöht gegen den bisherigen Vertragsrah. Der österreichische Roteiffenzoll
ist von 155 auf 150 Heller herabgesetzt. Bedeutend
wurden Leerfarbstoffsätze herabgesetzt. Einige zolltarifal-
lische Streitigkeiten werden einem Schiedsgericht, Differenzen
über die Handhabung der Veterinärkonvention einer Sach-
verständigenkommission unterbreitet. Diese Instanzen werden
von Fall zu Fall unter Vorst by neutralem Obmannet ge-
bildet. In der Veterinärkonvention sind gewisse Bestim-
mungen über Seuchentilgung, sowie die Zusage loyaler
Handhabung enthalten. Die Bestimmungen über den
Eisenbahnbetriebe sind präziser abgefaßt.

— Das preußische Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch
die Beratung des landwirtschaftlichen Staats in einer sieben-

ständigen Sitzung fort. Eine sehr große Anzahl von Abgeordneten ergriessen das Wort. Wir können hier nur die Zentrum abgeordneten hervorheben. Der Abgeordnete Graf Bräschma trat sehr entschieden für Hebung des Landwirtschaftlichen Schulwesens ein. Dahlem wünschte die Freilassung der Hausschlächtungen von der Fleischbeschau, namentlich in Hessen-Raßau. Später trat derselbe Abgeordnete für eine staatliche Unterstützung der Bauernvereine ein, aber der Minister lehnte beides ab. — Am Donnerstag wurde die Beratung fortgesetzt und soll in einer Abendsitzung zu Ende beraten werden. Die Zentrum abgeordneten Tourneau, v. Savigny, Busch, Dr. Becker und Strombeck wünschen Unterstützung der Bauernvereine. Der freikirchige Abgeordnete Stell unternahm einen Vorstoß gegen die staatliche Unterstützung der Kornbauergenossenschaften, aber er fiel damit glänzend durch. Minister v. Bodbielski und Abgeordneter Dahm bilden nahmen sehr entschieden gegen die Bekämpfung der Kornbauergenossenschaften Stellung. Über die Wasserstauer in Thüringen wurden manche Klagen vorgebracht, denen jedoch der Minister ihre Befriedigung versagte.

Die Zahl der Ausständigen im Ruhrrevier beträgt nach den Wolfischen Tepeichen, deren Zahl immer etwas kleiner ist, als jene des Reichsanzeigers", 194 713 gegen 194 856 des Vortages. Es ergibt sich also eine Abnahme von 143 Streisenden. Inzwischen gehen die Sammlungen aller Richtungen fort. Auch viele bekannte evangelische Geistliche — wir nennen nur namhafte Spender von D. Stöder, Lie. Weber und P. Philippus — gaben ihr Scherlein. Die Sammlungen der Arbeiterschaft ergaben bereits recht hohe Summen. In London trat Donnerstag der Ausschuss des Bergarbeiterverbundes von Großbritannien zusammen, um zwei deutsche Delegierte über den Streik in Deutschland zu hören. Die Verbandsmitglieder werden aufgefordert, keine Überstunden zu machen und den deutschen Arbeitern alle mögliche finanzielle Unterstützung zu teilen werden zu lassen. In München wurde am Dienstag abend der Streik in einer sozialdemokratischen Volksversammlung zum Gegenstand einer Demonstration gemacht. Neben einer Resolution zu Gunsten der streifenden Bergarbeiter wurde auch eine Sympathieresolution für die Revolutionäre in Russland einstimmig angenommen. Während in der Volksversammlung des christlichen Gewerkschaftskartells praktische Reformvorschläge über Berggesetzgebung usw. gemacht wurden, beschränkten sich die Genossen auf Schimpfereien über die verlotterte Gesellschaft. Ein Beweis, wo ernste Arbeit geleistet wird! — Der evangelische Arbeiterbund Bochum, der in Gegensatz zu den rheinisch-westfälischen evangelischen Arbeitervereinen seine Mitglieder zur Weiterarbeit aufforderte, scheint dem Verfall nahe. Jetzt hat auch Redakteur Neumeyer, der Leiter des Bundesorgans, in einer Gelsenkirchener Versammlung in schärfster Weise gegen Stinnes Stellung genommen. Also der Schriftleiter des Bundesblattes in offener Revolte gegen Fabrikant Franken, den nationalliberalen Vorsitzenden! — Der Bergbauverein wählt statt der Taktik der Schroffheit jetzt die Taktik der naiven Unkenntnis. Um das Verbitternde dieser Methode zu ermessen, muß man wissen, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter seit 1897 fünfmal eine Darlegung der Mißstände dem Bergbauverein in schriftlichen Eingaben überreicht hat. Als der christliche Gewerksverein am 21. Februar 1897 das Lohnverhältnis von Lohn und Dividende beklagte, kam der Entschluß, die Lohnfrage gehöre ausschließlich zur Zugehörigkeit jeder einzelnen Vereinszweche. Als derselbe Gewerksverein am 19. Februar 1899 in seiner Eingabe gegen Einschränkung der Haubbrandkohle sich wandte, erhielt er keine Antwort. Ebenso blieb die dritte Eingabe vom 19. Februar 1899 um Lohnherhöhung, besonders für diejenigen Bergauer und Reparaturarbeiter, die ausgebildete Bergleute sind, aber wegen vorgesetzten Alters bei der Kohlengewinnung nicht mehr beschäftigt werden können, unbeantwortet. Eine vierte Eingabe vom 16. Februar 1900 des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter erbat 1) möglichste Ausgleichung der Löhne, 2) Freiwilligkeit der Überbeschichten, 3) anständige Behandlung der Arbeiter, 4) Überlassung guter Brandkohlen zum Selbstkostenpreise, 5) Einrichtung von Verbandsstuben, sowie vollkommene Ausbildung des Sanitätswesens auf den Gruben, 6) Säuberung der Waschanen und Schaffung von genügenden Brausebädern, 7) geügend große, saubere Aufleiderräume, 8) Stellung von sichereren Bezahlkassen, 9) Anteilnahme der Arbeiter an der Betriebsaufsicht der Unterstützungsklassen. Die Antwort lautete im 1. Wörter: „Wir können eine Berechtigung des Titels anmens der „Ruhrbergleute“ Forderungen aufzustellen, nicht aner kennen.“ Im weiteren erklärt der Verein, er könne von den behaupteten Mißständen nichts; man solle sich an die einzelnen Bechen wenden usw. Am 16. Mai 1903 endlich bat man um Schadlosbehaltung der Wurmfranken. Die Antwort vom 29. Juni 1903 brachte wieder die Bekräftigung, daß der Gewerksverein nicht berechtigt sei, für die eingeschloßten Forderungen vorzubringen. Und noch allemwissen die Bechenbesitzer von Mißständen nichts! Was zieht es sie an, wenn Minister und Ministerpräsident von ihnen Nachgiebigkeit fordern? Nach ihrer Kenntnis ist alles herzlichster Friede.

Der Landtag in Lippe-Detmold ist vom Graf-Regenten durch eine Thronrede feierlich eröffnet worden; die Thronrede kündigt zwei Vorlagen an, die sich mit der Thronfolgefrage beschäftigen; es heißt über dieselben: „Für diese außerordentliche Sitzungsperiode werden Ihnen nur zwei Vorlagen unterbreitet, die in ihrem Wesen nach miteinander verwachsen und in ihrer Bedeutung bestimmt sind, für Gegenwart und Zukunft die Rechts sicherheit im Verfassungse leben zu verankern und der Grundstein zu werben für eine geordnete Entwicklung aller Verhältnisse, namentlich für die notwendige Ruhe und Eintracht der Bevölkerung im Lande.“ Inzwischen hat bereits eine andere Linie sich wieder gemeldet; Graf Georg zu Lippe-Biesterfeld-Weißenfels hat dem Bundesrat eine Eingabe unterbreitet, in welcher er, falls der Graf-Regent mit seinen Ansprüchen abgewiesen werde, auf die Thronfolge Anspruch erhebt, ehe diese auf das Haus Schaumburg übergeht. Hoffentlich arbeitet nun das Schiedsgericht so rasch, daß es bald seinen Spruch fällen kann. — Am 26. d. M. wurde noch längere Kommissionsverhandlung nachmittags.

Sitzung die erste Vorlage, betr. Fortführung der Regierung durch den Grafen Leopold bis zur Fällung des Schiedsspruches, in drei Lesungen angenommen. Die Beschlussfassung über die zweite Vorlage, in welcher der Landtag ersucht wird, den zu erwartenden Schiedsspruch als maßgebend für die Thronfolge in Lippe anzuerkennen, wurde ausgezeigt, da der Landtag zu einer Einigung mit dem Staatsministerium nicht gelangen konnte. Der Berichterstatter Abgeordneter Schenkel erklärte ferner, daß der Landtag zwar mit der Tendenz der Vorlage durchaus einverstanden sei, aber über einzelne Bestimmungen habe er es für nötig befunden, Abänderungen zu treffen. Gleichzeitig wurde die Eingabe des Grafen Erich zur Lippe-Weitzenfeld zurückgestellt bis zur nächsten Sitzungsperiode. Der Staatsminister erklärte dann im höchsten Auftrage den Landtag für verlegt.

Aus Guslitsch wird uns gemeldet: Vom Vorsteher der Schlesischen Maltefertitter ist im höheren Auftrage an den Provinzial der Barnberger Brüder der schlesischen Ordensprovinz, Pater Pius Irzczek zu Breslau, die Anfrage ergangen, ob er in der Lage wäre, eine Anzahl tropenfähiger Barnberger Brüder zur Verfügung zu stellen, welche bereit wären, als freiwillige Krankenpfleger zu den Schutztruppen nach Deutsch-Südwürttemberg zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie zu gehen. Obwohl ein Mangel an Brüdern für die heimische Krankenpflege sich zur Zeit sehr fühlbar macht, meldeten sich doch viele. Vom Kloster Guslitsch haben sich allein acht Brüder gemeldet, die in nächster Zeit die Reise antreten werden, um freiwillig ihr Leben für das Wohl ihrer Mitmenschen zum Opfer zu bringen. — Mögen sich diese Ergebnisse die sächsischen Katholikenhäuser ins Album schreiben!

Der Kaiserkommers „schwimmt“. Bekanntlich wurde in Preußen durch Erlass des Kultusministers dem wütenden Treiben der Corpsstudentenschaft gegen die katholischen Studentenorganisationen ein kräftiges Ende gemacht, indem letzteren die volle Gleichberechtigung zugestanden wurde. Die Agitation war zunächst von der Hannoverschen Hochschule ausgegangen. Natürlich ist nun in der ganzen Corpsstudentenschaft darüber großer Ärger ausgebrochen, der sich in Schimpfszenen auf die vor dem Zentrum zurückweichende Regierung Luft macht. In Hannover aber übt man furchtbare Rache. Man beschloß, den Kaiserkommers diesmal „schwimmen“, das heißt aussallen zu lassen. Es wird dies auf den Kaiser zweifellos eine geradezu erschütternde Wirkung ausüben!

Oesterreich-Ungarn.

Die Neuwahlen in Ungarn haben am Donnerstag begonnen. Ergebnisse sind bis zur Stunde nur wenige bekannt. Auf beiden Seiten, von der Regierungspartei und von der vereinigten Opposition, wird mit unerbittlicher Hefigkeit und unter Auferachtlassung jeder Rücksicht bei der Wahl der Mittel gekämpft. Das Hauptinteresse der Öffentlichkeit konzentriert sich natürlich nach Oden-Pest, wo neun Mandate vergeben werden und drei aktive Minister, darunter Graf Tisza selbst (gegen Andrássy) in der Feuerlinie stehen. Im ganzen werden in den 22 größeren Städten (mit Municipialrecht) 36 Abgeordnete gewählt, in den 30 kleineren Städten (mit selbständigen Delegationsrecht) 33 Abgeordnete, in 57 Komitaten (Landgemeinden) 311 Abgeordnete, zusammen 380 Mandate. Bislang sind folgende Resultate bekannt:

Budapest, 27. Januar. Bis hente vormittag 9 Uhr sind 212 Wahlergebnisse bekannt. Danach sind 111 Liberale und 101 Oppositionelle der verschiedenen Fraktionen gewählt.

Frankreich.

Hull-Kommission. In der Nachmittagsitzung vom 26. Januar wurde der Fächer Smith vernommen, der an Bord des Fächerboots Crane verwundet worden war. Smith erzählte, daß die russischen Schiffe das Feuer auf die Crane eröffneten und das Boot mit Scheinwerfern beleuchteten; dann hätten sie sich entfernt. Der Schiffsführer und ein Matrose seien getötet; die gesamte Besatzung sei mit Ausnahme eines Fischers von den Geschossen getroffen worden. Die Crane sei gesunken fünf Minuten nachdem die Schaluppe eines anderen Bootes die Besatzung aufgenommen hatte. Diese Aussage machte einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer. Der Zeuge Green vom Fächerboot Hull sagte alsdann aus, daß er seine Richtung änderte möchte, um den russischen Schiffen aus dem Wege zu geben; er habe eine Schaluppe ausgeladen, um die Besatzung der Crane aufzunehmen; er habe kein brennendes Schiff gesehen. Die Russen hätten auf eine Entfernung von etwa 60 Yards geschossen; er habe zuerst die Crane, deren Lichter erloschen waren, für ein Torpedoboot gehalten; aber er sei von seinem Irrtum, der dadurch entstanden sei, daß die Scheinwerfer ihn geblendet hätten, zurückgekommen. Als die Beschiebung begonnen habe, habe die Crane die Lichter angezündet, gebaut, nach derselben waren ihre Lichter verlöscht. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Das Kabinett Roubier wird schon heftig angefeindet. Clemenceau, der ganz übergangen wurde, traut ihm alles zu, nur seine Prinzipientreue, die Verlegung der Entstaatlichung der Kirchen wie die der Altersversorgung für die Arbeiter. Die Sozialdemokraten misstrauen ihm erst recht. Von dem gemäßigt republikanischen und den nationalistischen Blättern wird am meisten die Beibehaltung Verteaux als Kriegsminister und die Wahl Thomsons zum Marineminister getadelt. Der „Globe“ nennt das neue Ministerium geradezu das „Kabinett Verteaux“, weil der Kriegsminister, der die Angeber degte, der Kombination den wahren Stempel aufgedrückt hatte. Henry Martel, unter den Dissidenten der Kammer einer der bedeutendsten, nennt das Kabinett Roubier eine schlechte Nachahmung des Kabinetts Combes. Sicher ist, daß die Trennung von Staat und Kirche so bald nicht kommt. Deshalb sagte auch Clemenceau: „Non hat gescieg“. Roubier war im Kabinett Combes Gegner der sofortigen Trennung von Kirche und Staat. Die Altersversorgung verschob er, das Einkommenssteuergebot hat wenig befriedigt. Wirtschaftsradikale in seinem Kabinett sind nur Verteaux, Biennecourt-Martin und Dubief. Chaumis und Delcassé sind entschieden gemäßigt. Etienne ist Gegner der sofortigen Trennung.

— Die Gruppe der demokratischen Linken des Senats, die heute ihr Bureau neu gebildet hat, hat den früheren Ministerpräsidenten Combes zum Präsidenten gewählt.

Rußland.

In Petersburg ist die Ruhe zum größten Teile wieder hergestellt. In einigen kleinen Fabriken ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, in größeren Fabriken erschienen die Arbeiter, berieten über die Lage und gingen, als sie fanden, daß diese unverändert sei, wieder auseinander. Auf der Baltischen Werft wurde um 1 Uhr nachmittags das Feuer zum Beginn der Arbeit gegeben. Von den dort bestellten beschäftigten 3200 Arbeitern haben 300 die Arbeit wieder aufgenommen. Die Fabrikarbeiter Laferne ist von Truppen umgeben. Die Lohnauszahlung an die Arbeiter auf den Putilowwerken dauert fort. Die Arbeit wurde noch nicht aufgenommen. Ruhestörungen fanden heute nicht vor. Man glaubt, daß die Arbeit in der Papierfabrik von König wieder aufgenommen wird. Der Aufstand in der Nobelschen Petroleumfabrik hat aufgehört; Petroleum wird verfrachtet. Die kaiserlichen Theater werden heute, nachdem sie drei Tage geschlossen waren, wieder eröffnet. Eine Versammlung von Redakteuren der Petersburger Zeitungen beschloß, die Zeitungen am Sonnabend wieder erscheinen zu lassen und über die Unordnungen nur amtliche Berichte zu bringen ohne jeden Kommentar. Die Straßen haben ihr gewöhnliches Ansehen wieder angenommen, Patrouillen sind nicht zu sehen. In Riga dauern die Unruhen fort; der Gouverneur hat erklärt, daß er zur Unterdrückung der Unruhen die bewaffnete Macht verwenden werde. Bei dem Bahnhof in Tukum fand ein Zusammenstoß zwischen Truppen und Arbeitern statt, wobei 30 Personen getötet bzw. verwundet wurden, zwei Soldaten und der Unteroffizier der Polizei des Distrikts Vilei wurden tödlich verwundet. Die Streikenden durchzogen in Massen die Straßen und erzwangen die Arbeitseinstellung. Nachrichten von Unruhen kommen auch aus Libau, Sorau, Kiew, Dorpat. In Moskau wurden in den Straßen in der Druckerei der Stadthauptmannschaft gedruckte Bekanntmachungen angebracht, welche besagen, die Japaner und Engländer seien die Anführer der Unruhen und der Aufstandsbewegung in Russland und die anglo-japanische Liga leite die Bewegung, auch seien von England große Summen unter die Aufständigen verteilt worden. Daraus hat der englische Botschafter sofort bei der russischen Regierung Beschwerde erhoben und eine Untersuchung veranlaßt. Die russische Regierung hat die Versicherung abgegeben, sie werde dafür sorgen, daß derartige Ungehörigkeiten nicht wieder vorkommen.

Aus Stadt und Land.

(Meldungen aus unserem Korrespondenten mit Zusammensetzung für die Ausgabe am nächsten Tag. Die Name des Unterhofs steht in der Redaktion aufgeführt. Die Namen sind unverändert gelassen.)

Dresden, den 27. Januar 1905.

* Anlässlich des Geburtstages Sr. Majestäts des Kaisers haben die staatlichen und städtischen Gebäude, sowie auch viele Privathäuser Flaggensturm angelegt.

* Kaiser's Geburtstag. Im Festaktus der Kleinodischen Handelsakademie und höheren Fortbildungsschule (Wrocław, 31) behandelte Oberlehrer Dr. A. D. Senft in längerer Ausführung das Thema: „Goethes divinatorische Stellung zur sozialen Frage und sein Idealstaat der Zukunft.“ Director L. D. Kleinich sprach sodann über die Bedeutung des Tages und schloß die durch Orgelvorträge verhünte Feier mit einem dreifachen Hoch.

* Das Ministerium des Innern hat die Errichtung einer Apotheke in Böhmen, in der Nähe des „Weißen Adler“, genehmigt. Bewerbungen um die Konzession sind bis 4. März an die Kreishauptmannschaft einzureichen.

* Eine vornehme Dekoration ihres Schauspielers hat die Kunsthalle Ernst Arnold, Schloßstraße, aus Anlaß des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers vorgenommen. Umgeben von einem schönen Pflanzenschmuck präsentieren sich die besten Porträts, die vom Kaiser existieren und unter denen besonders das neueste von Moster gezeigt auffällt, von dem ein ganz vorzüglicher Druck auf Papierpapier, mit Unterschrift des Künstlers ausgestellt ist.

* In der gestrigen Stadtverordnetensitzung beschloß das Kollegium gemäß der Ratsvorlage seine Zustimmung dazu zu erteilen, daß der für einen Dienstboten zu Dienstbotenkunkelkasse zu zahlende Beitrag von 1 M. auf 12 M. jährlich erhöht werde, jedoch abweichend von der Ratsvorlage nur für das Jahr 1905, ferner den Rat zu erüben, den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage wegen durchgreifender Umgestaltung der Kassenverhältnisse bei der Dienstbotenkunkelkasse zugehen zu lassen.

* Auf staatsanwaltschaftlichen Antrag wurde die am 11. d. M. verfügte Beislagnahme der Nummer 121 der „Dresdner Hausrat“ vom 10. d. M. wieder aufgehoben.

Chemnitz. Die Festhalle für das vom 16. bis 18. Juli d. J. hier stattfindende dritte sächsische Kreisfest soll circa 7000 Personen fassen. König Friedrich August wird voraussichtlich am Festionntag dem Festfeiern beitreten.

Gerichtsraal.

Die zweite Strafkammer verurteilte den Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Joh. Heinrich Friedrich Dreyer, wegen Bekämpfung des Bauhaus-Offizierkorps zu vier Monaten Gefängnis. (Es ist also auf dieselbe Strafe verurteilt worden, wie am 20. April 1904. — D. Red.)

Nenes vom Tage.

Kottbus, 27. Januar. Durch Gas, das einem beschädigten Gummischläuch entströmte, sind heute Nacht hier der Schlossmeister Hellenbruch, seine Frau und ein Sohn getötet worden.

Labor (Böhmen). 26. Januar. Von dem heute nachmittag 1½ Uhr von Prag abgegangenen Schnellzuge sind infolge Schienenschräges die letzten vier Personenzugwagen entgleist. Ein Reisender wurde schwer, zehn leicht verletzt. Unter den Reisenden befindet sich ein Kaufmann Richter aus Dresden.

Telegramme.

Potsdam, 27. Januar. Das heute morgen 9 Uhr ausgegebene Bulletin lautet. Die erste Hälfte der Nacht

war durch hohes Sieber und wiederholten Husten geplagt. Am Morgen war die Haut etwas feucht. Temperatur 39,8, Puls 112. Atmung 28. Die Entzündung ist auf einen Teil des linken Oberlappens fortgeschritten. Nahrungs- aufnahme etwas besser, Kräftezustand bis jetzt befriedigend.

Berlin, 26. Januar. (Amtlich.) Nach einer Befreiung des Generals von Trotha von heute überfiel der Leutnant der Reserve von Trotha am 6. und 8. Januar mehrere Werften der Norddeutsche bei Blützenhorst. Fahrer Krüger, Jonn Annis von der Farm Raddus und Gordon wurden bestellt. Der Feind verlor sechs Tote, vier Verwundete, sieben Gewehre mit Munition, 16 Pferde, 487 Stück Großvieh und 2000 Stück Kleinvieh.

Berlin, 26. Januar. Der Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ist am 25. d. M. abends, in Berlin unterzeichnet worden, beurkundet durch die Staatssekretäre des Innern und des Äußeren Grafen Posadowsky und Fehr v. Richthofen, österreichisch-ungarischerseits durch den Botschafter v. Szögerny Marich.

Berlin, 26. Januar. Nach einem Telegramm aus Windhuk ist der Reiter Paul Edelt, führt im Ulanen-Regt. Nr. 13, im Patrouillengefecht bei Aufubis am 16. Januar schwer verwundet.

Essen, 26. Januar. Nach einem Telegramm des nach London gereisten Delegierten der Bergleute Schröder an das Bureau des Bergarbeiterverbandes sicherte die Bergarbeitervereinigung Großbritanniens für die Dauer des Aufstands 40 000 Mark pro Woche zu, außerdem die Erhebung von Ertrabeträgen für die Bergleute im Ruhrrevier. Die Bergarbeitervereinigung verpflichtete sich ferner, die Kohlenausfuhr und die Überproduktion zu verhindern. — Von dem Metallarbeiterverband in Stuttgart gingen beim Verbandsbüro zu Bochum 60 000 Mark ein.

König, 27. Januar. Der „Königlich-Volkszeitung“ aufgelegen ist der römisch-katholische Patriarch in Jerusalem Paul gestorben.

Wien, 27. Januar. Weihbischof Schneider ist in der vergangenen Nacht gestorben.

Wien, 26. Januar. Nach der heutigen Wahlniederlage Tiszas und der liberalen Partei gewählt man, daß Tisza in kürzester Zeit, höchstens unmittelbar nach Abschluß der Wahlen, sein Entlassungsgebot einreichen wird. Hier bezeichnet man Szell oder den Grafen Julius Andrássy als seinen Nachfolger.

London, 27. Januar. Der Korrespondent des Neuen Büros beim Hauptquartier Krofis telegraphiert über Fusen unter dem 25. d. M.: Ein heftiges Artilleriefeuer wurde heute während des ganzen Tages ununterbrochen von Westen her gehört. Eine große Schlacht scheint im Gange zu sein. Nach den hier eingegangenen Nachrichten überbrückt die Russen auf dem linken japanischen Flügel den Hunho. Die japanische Streitmacht ging zum Angriff vor.

Theater und Musik.

Residenztheater. — Eine prächtige Nobilität steht zur Zeit auf dem Spielplan des Residenztheaters. Das „Familientag“ des unverwüstlichen Gustav Kadelburg ist ein Lustspiel, welches allen Ansprüchen, die man an solches stellen kann, im vollen Maße gerecht wird. Der Autor hat zu einem sehr glücklichen Thema gekommen, welches reizvolles Stoff zu sommischen Situationen bietet. Der junge Baron v. Wellen soll das Majorat der adeligen Familie übernehmen. Obwohl mancher der Verwandten den ersten Bissen gern selbst gehabt hätte, kann niemand dem Erben sein gutes Recht abwenden. Als aber der neue Herr verhindert, daß er eine junge ehrenwerte Dame aus Bürgerkreisen zu ehelichen beabsichtige, erklären ihm einige belaudende Freunde Mitglieder der Verwandschaft, doch sich in der Familiendynastie ein Bassus befindet, wonach der Erbe des Majorats verlustig geht, falls er eine Bürgerliche heiratet; das Majorat falle dann an die Nebenlinie. Es bilden sich nun auf dem Familientage derer v. Wellen zwei Parteien. Die eine will den veralteten Baron durch drei Alte sich in gleich humorvoller Weise hinziehende Handlung, bis man zuletzt in der Chronik entdeckt, daß schon viel früher ein Seitzer v. Wellen ein Bürgermädchen zur Frau hatte und somit der tragische Paragraph als erloschen gelten muß. — Die Aufführung des Stüdes im Residenztheater ist vorzüglich. Die Darsteller tanzen feines Werk, und so wird ein flottes Zusammenspiel erzielt. Vor allen sind zu nennen Herr Kriese als treuloser Rittermeister v. D. und Herr Oldris als biederer Pflegedirektor Altküste. Aber auch alle übrigen Rollen sind äußerst glücklich vertreten. Wir nennen die Damen Kronthal, Ellinger, Mühlheim, Eichhorn, Hänsel, Schröder, die Herren Beuer, Witt, Göring, Janda, Gähde, Schrotty. — Die prächtige, gediegene Ausstattung bildet einen vorzülichen Rahmen für das kleine Lustspiel. „Der Familientag“ erregt bei jeder Aufführung stürmischen Beifall und verdient mit Recht die Anerkennung des Publikums.

Konzerte im Januar. Arrangements und Eintrittsarten: F. Ries, A. R. Hof-Musikalien-Handlung, Konzert-Agentur und Piano-Magazin, Seestraße 21 (Rathaus).

Jan Kubelik, II. Klasse (Mouret). Begleitung: Ludwig Schwab, Sonnabend, den 28. Januar, abends 7 Uhr, „Vereinshaus“. Sitzplätze à 5, 4, 3 M. Stehplätze à 1½ M. Verkäufe nimmt auch die Königl. Sächs. Hof-Musikalienhandlung von Ad. Beuer (A. Plötner), Neustadt, entgegen.

Römischer Wochenkalender.

4. Sonntag nach der Erscheinung.

Gottesdienstordnung.

Katholische: 1. Messe 6, 7, 1½ Uhr (Communion des Junglingsver eins), 2½ und 3½ Uhr (Schulgottesdienst) und 10 Uhr. Hochamt. Predigt 1½ und 3½ Uhr. Nachmittags 4 Uhr Beipfer. — 2. Messe am Montag um 6, 7, 1½ und 9 Uhr. — Donnerstag 1½ Uhr. Montagsandacht des Brudeleidet vom hl. Altarsakramente. 2½ Uhr Lichtenmesse (Hl. Maria Reinigung wird nächsten Sonntag mit gefeiert). — Freitag nach allen regelmäßigen Messen St. Petrus. — Sonnabend nachmittags 4 Uhr Litanei und Segen.

Protestantische: 1. Messe 6, 7, 1½ Uhr hl. Messe, 9 Uhr Predigt und Hochamt, 1½ Uhr Schulgottesdienst. Nachm. 3 Uhr Andacht. — Mittwoch und Freitag 6 Uhr Messe um 7, 1½ und 9 Uhr, die anderen Tage um 7 und 9 Uhr.

Evangelisch-lutherische: Große Blauenche Straße 16, 1. Etage: 1½ Uhr hl. Messe mit Predigt und Segen. Wende 6 Uhr Andacht mit Christenleben u. Segen. — An den Sonntagen hl. Messe 7½ Uhr.

Evangelisch-lutherische: Schullapelle, Schumannstraße 21: 1½ Uhr hl. Messe mit Predigt, 9 Uhr Schulgottesdienst. Beide Gelegenheit am Sonnabend abends von 6 Uhr, am Sonntag von 1½ Uhr früh an. — Laienfast nachmittags 3 Uhr.

Protestantische: Friedenskirche (Friedrichstraße 50): An Sonn- und Feiertagen 7 Uhr Kommunion und hl. Messe (leichtere mit Ausnahme des zweiten Sonntags in jedem Monat wegen des Gottesdienstes im Stadtkirchenhof). 9 Uhr Hochamt mit Predigt und hl. Segen. Nachmittags 2 Uhr Litanei mit hl. Segen. — An den Sonntagen hl. Messe früh 1½ Uhr.

Protestantische: Vormittag 10 Uhr Gottesdienst.

Sozialdemokratie und Zollpolitik.

Die bevorstehende Beratung der Handelsvertreter im deutschen Reichstage läßt die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu der Handelspolitik aufs neue auftauchen. Man wird es daher in weiten Kreisen jedentfalls dankbar begrüßen, daß der Volksverein für das katholische Deutschland unter obigem Titel eine Tagesfrage Nr. 30 herausgegeben hat, die die Stellung der Sozialdemokratie zur Handelspolitik, speziell zum Schutzzoll, von der Zeit ihrer Gründung bis auf den heutigen Tag aus ihren eigenen Aeußerungen beleuchtet. Die neue Logesfrage untersucht zunächst im ersten Kapitel die Stellung der deutschen Sozialdemokratie in früheren Tagen zur Zollpolitik und zwar auf Grund ihrer Aeußerungen in Parlamenten, auf den sozialdemokratischen Parteitagen und der Aeußerungen einzelner ihrer Führer. Das zweite Kapitel bringt hauptsächlich an der Hand der Darlegungen des Sozialdemokraten Schippel in den Abwehrartikeln in der „Chemnitzer Volksstimme“ eine interessante Schilderung des Verhaltens der ausländischen Sozialdemokratie zu zollpolitischen Fragen, und endlich das ofttheilige dritte Kapitel befaßt sich mit der Stellung der Sozialdemokratie zum neuen Zolltarif 1901 und 1902. Die Broschüre dürfte geeignet sein, mit manchen falschen Ansichten, die über die Stellung der Sozialdemokratie zur Zollpolitik noch herrschen, aufzuräumen.

Die Sozialdemokratie ist freihändlerisch, heißt es nämlich für gewöhnlich, und lehnt keine andere Handelspolitik! Dieser Satz ist, wie auch aus der Broschüre hervorgeht, grundfalsch; im inneren Wesen kann die Sozialdemokratie gar nicht freihändlerisch sein; wenn sie augenblicklich in Deutschland eine solche Stellung einnimmt, so geschieht dies aus Gründen der Agitation. Recht deutlich hat das der Sozialdemokrat Schippel auf dem Stuttgartischen sozialdemokratischen Parteitag dargelegt, indem er sagte:

„Sitz der Freihandels auf dem Regierungskarren, so wird gegen den Freihandel losgelegt; sitzt der Schutzzoll auf dem Regierungskarren, so wird gegen den Schutzzoll losgelegt; die Hauptfahne ist, daß tatsächlich losgelegt wird.“ (Protokoll S. 182.)

Man kann bestreitig nicht Schutzzöller sein, ohne sich auch für Getreidezölle zu erklären; früher war dies möglich, und da finden wir auch, daß unter der Sozialdemokratie noch viel strammere Schutzzöllner waren, als es heute Schippel und Galwer sind; in der ausländischen Sozialdemokratie gar haben die Freihändler erst recht nichts zu sagen. Dort gibt es sowohl Anhänger der Industriezölle wie der Agrarzölle im sozialdemokratischen Lager, man findet also Schaffierungen bis zu den Hochschutzzöllnern der australischen Arbeiterpartei, die jüngst für kurze Zeit an der Regierung war und den höchsten Zoll vertritt. Sie will Australien nicht nur der billigen Arbeit des Farbigen verschließen, sondern den billigeren farbigen Arbeiter selbst nicht zulassen. Besonders wirkungsvoll wird das widerfinnige Verhalten der deutschen Sozialdemokratie bei der Beratung des Zolltarifs im Plenum und in der Kommission

dargelegt. Im ersten ließ sie wiederholt betonen, einen wie großen Wert sie auf das Zustandekommen neuer Handelsverträge legen, in der letzteren beantragte sie fast bei allen Positionen Zollfreiheit, mit der bekanntlich neue Verträge einfach unmöglich sind.

Die Broschüre, die zum Preise vom 35 Pfennig vom Verlage der Zentralstelle des Volksvereins zu Münchberg Gladbach, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen ist, ist geschrieben teils auf Grund der stenographischen Berichte des Reichstages, teils unter Zuhilfenahme der Protokolle der sozialdemokratischen Parteitage, teils auf Grund der seither noch nirgends publizierten Verhandlungen der Zolltarifkommission; für die Richtigkeit der Zitate kann deshalb nach dieser Sicht volle Garantie übernommen werden.

Aus Stadt und Land.

* Dritte Deutsche Kunstmuseum-Ausstellung 1905. Zur Förderung des für Dresden so bedeutsamen Unternehmens soll Montag den 27. Februar abends 8 Uhr im Konzerthalle des städtischen Ausstellungspalastes ein öffentlicher Vortragsabend veranstaltet werden. Dabei wird zunächst der Vortrag des Direktors der Ausstellung, Architekt Lohow, im allgemeinen über Art und Wesen der Ausstellung sprechen. Weiter wird dann Professor Dr. Quast über die wirtschaftliche Bedeutung der Ausstellung, Professor Schumacher über ihre räumliche Anordnung (mit Lichtbildern), Geheimer Hofrat Gurlitt über die kirchliche Kunst und Professor Groß über Technik und Industrie.

* Als die große Nachklangssession im Centraltheater am Freitag den 17. Februar werden sämtliche zur Verfügung stehenden Räume, und zwar der Theatersaal insl. der Bühne, des Theaterrichtamts, die Foyers, des Cafés und der Theaterkeller eine dem Besuch angepaßte künstlerische Ausstattung erhalten. Die Dekorationen haben die Herren Walter Höller, Prof. Guilmum, Prof. Groß, Bildhauer Hettneroth, Prof. Kreit, Architekt Rücken und Architekt Vossow freundlich übernommen.

* Der Verband sächsischer Industrieller. In der am Montag unter Vorsitz des Herrn Hofmann-Dresden abgehaltenen Sitzung des Gesamtvorstandes wurde zur Frage der Landtagswahlen einstimmig beschlossen, daß eine Verstärkung des industriellen Einflusses im Landtag als Voraussetzung für eine industriefreundliche Wirtschaftspolitik angestrebt werden müsse. Bei den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen ist deshalb für die Aufstellung industriefreundlicher Kandidaten und für deren Unterstützung zu wirken. Der von dem Vorstand schon früher gewählte Wahlauschuß, dem auch drei Landtagsabgeordnete angehören, wurde beauftragt, die Stellung des Verbandes zu den den Landtag beschäftigenden, für die Industrie in Vertrakt kommenden Fragen in ein Programm zusammenzufassen, das nach erfolgter Genehmigung durch den Gesamtvorstand den von bürgerlicher Seite aufgestellten Landtagskandidaten übermittelt werden soll. Auf Anregung verschiedener Kreise nahm der Gesamtvorstand ferner Stellung zu der Frage der Erhebung von Schiffssabgaben auf den

freien Wasserstraßen und beschloß, gegen diese Aenderung der Reichsverfassung und der Elbe-Schiffahrts-Alte Einspruch zu erheben und an die sächsische Regierung das Ersuchen zu richten, die Befreiungen durch ihren Einspruch unmöglich zu machen. Der Widerstand von Sachsen würde genügen, um die Erhebung von Abgaben auf der Elbe zu verhindern.

* Der Rat zu Dresden hat einen abgeänderten Entwurf zu den „Allgemeinen Bestimmungen über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen der Stadt Dresden“ zugestimmt, insbesondere der verbindlichen Einführung des Mittel-Preisverfahrens für Handwerkswaren bei Aufträgen bis zu 3000 Mark, für Arbeiten Bauhandwerker bei Auftragssummen bis zu 5000 Mark. Der Verlust wird zunächst auf die Dauer von vier Jahren ausgedehnt werden.

* Zur Überproduktion in Wohnhäusern. Da die Zahl der leerstehenden Wohnungen in Dresden im Jahre 1904 auf mehr als 7½ Prozent aller vorhandenen Wohnungen und auch die Zahl der Zwangsversteigerungen bebauter Grundstücke gestiegen ist, hat der Rat zu Dresden beschlossen, zur unmittelbaren Bekämpfung der Grundstückstrümpfe an diejenigen Gesellschaften und sonstigen Interessenten, welche die Errichtung neuer Wohnhäuser durch Gewährung von Baugelderdarlehen zu fördern pflegen, die dringende Bitte zu richten, auf diesem Gebiete ihrer Tätigkeit auf die nächsten zwei Jahre Zurückhaltung zu üben.

* Leipzig. Die Arbeiten im Innern des neuen Rathauses sind so weit gediehen, daß mit der Ueberleitung der einzelnen Abteilungen der städtischen Verwaltung in ältester Zeit begonnen werden wird. Der Umzug soll in der Weise bewerkstelligt werden, daß die obersten Geschosse zuerst, die unteren Lokalitäten zuletzt bezogen werden. Den Anfang wird Ende März das städtische Hochbauamt, soweit dieses im zweiten Stockwerke des alten Rathauses domiziliert, machen. Im Laufe des April werden dann die übrigen Teile dieser Verwaltung, deren Bureaus jetzt in der Centralstraße liegen, folgen. Das städtische Hochbauamt wird dann den größten Teil des Dachgeschosses im neuen Rathause einnehmen. Die bisherigen Räume in der Centralstraße sollen nach Freiwerden sofort wieder anderweitig vermietet werden. Gleichfalls im April erfolgt auch der Umzug von Teilen der in der Georgenhalle untergebrachten Abteilungen des Rates, nämlich des Beamtenamtes, Gewerbegerichtes, Kaufmannsgerichtes usw. Sofern in der Fertigstellung des ganzen Hauses keine unerwarteten Hindernisse eintreten, ist verlaßt als Termin der Einweihung des Rathauses ein Tag im Monat Juni in Aussicht genommen. König Friedrich August hat bereits vor längerer Zeit seine Anwesenheit bei der Eröffnungsfeier des neuen Rathauses in Aussicht gestellt.

* Leipzig. Wegen Benutzung einer abgelaufenen Arbeiterfahrtarte im Werte von 20 Pfennig verurteilte das bissige Schwurgericht einen Dachdeckerhilfen zu 3 Monaten Gefängnis.

* Chemnitz. Der „Chemnitzer Verein für Kinderfreunde“ hat eine Kinderküche errichtet zur Aufnahme von Kindern, welche wegen Misshandlung, Vernachlässigung oder sittlicher

nicht austrocknen würde, und schon zu überlegen begann, was sie machen sollte, wenn er nicht sofort käme, wurde sie angeprochen.

„Guten Abend, gnädiges Fräulein,“ sagte die angenehme Stimme des Schauspielers.

Ein Gefühl des Triumphes flog über die Züge der stolzen Albine. Umso größer war ihre Freude, als sie fast schon darauf verzichtet hatte, ihn heute zu sehen. Ihr innerer Jubel sollte freilich von kurzer Dauer sein.

Sie bemühte sich nach dem Bielen, was sie gewagt hatte, wieder ein wenig mädelhafter zu erscheinen und hauchte, indem sie Dorned schüsternd die Hand entgegenstreckte, ein leises: „Ich danke Ihnen.“

Der Künstler ergriff die dargebotene Hand, wie er es immer getan und drückte forrecht wie immer seine Lippen darauf, nicht um eine Nuance wärmer als sonst. Dann begann er unmittelbar die Radikal-Kurz einzuleiten, auf welche er es abgesehen hatte.

„Mein gnädiges Fräulein,“ sagte er, „wir befinden uns beide in einer ganz ungewohnten Situation. Sie haben mir eine Auszeichnung erwiesen, wie sie einem Manne von einer Dame der Gesellschaft nicht häufig zuteil wird und Sie vergroßern die Schuld, in welche ich so geraten bin, noch dadurch, daß Sie mir für mein Kommen danken. Leider fürchte ich, daß wir gerade heute zum ersten Male nicht in voller Harmonie uns begegnen werden.“

„Warum fürchten Sie das?“ fragte Albine leise, indem sie ihre innere Erregung niederkämpfte.

„Ich fürchte es darum, weil ich glaube, daß ich weder heute noch jemals im Stande sein werde, meine Schuld abzutragen und mich jener Auszeichnung würdig zu erweisen.“

„Sie sprechen so fremd, als hätten wir uns erst gestern kennen gelernt.“

„Unsere Freundschaft ist doch wirklich eine junge.“

„Was jung ist, braucht deshalb auch nicht schwach zu sein.“

Dorned erwiderte nichts. Er wollte nicht eines jener gewöhnlichen Wortgeklänkel entfesseln, das er wiederholt mit ihr geführt hatte. Er gedachte ihinner zu dem zu kommen, was er anbringen mußte, wenn er ihr die Initiative überließ, das Gespräch zu leiten.

„Sie antworten nichts,“ sagte Albine mit dem berühmten Augenaufschlag, mit welchem sie bei anderen Männern noch stets ihre unbedingten Erfolge erzielt hatte. „Soll das vielleicht heißen, daß Sie mit mir nicht einverstanden sind und unsere Freundschaft wirklich für schwach und oberflächlich halten? Meinerseits ist es nicht, sonst hätte ich es nicht gewagt, jenes Billett zu schreiben und wenn Ihnen nur ein banales und alltägliches Interesse für mich sprechen sollte, warum wären Sie dann gekommen?“

Jetzt war es für ihn Zeit, zu reden.

„Das will ich Ihnen sagen, gnädiges Fräulein. Ich bin geskommen, um frei und offen, wie es sich für einen Mann geziemt, zu Ihnen zu sprechen.“

Bei diesem festen und ernsten Tone, den er anschlug, wurde Albine unsicher und nur, um das nicht zu verdecken, schwieg sie still und ließ ihn, ohne seine Faust zu durchkreuzen, weitersprechen.

„Ich habe mir gefragt, wenn es bloß aufrichtige Freundschaft ist, welche Fräulein Albine Martins und mich verbindet, dann muß ich kommen, um ihr zu sagen, daß diese Freundschaft nicht eines außergewöhnlichen Schauplatzes bedarf, um besteuert und bestätigt zu werden.“

„Fräulein,“ erwiderte Dorned, „Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß der Alte oft übertreibt, aber lohnen Sie mich, den Jüngeren und Praktikanten, sagen, daß er gerade heute nur der Wahrheit die Ehre gegeben hat.“

„Ach, gehen Sie, jetzt fangen Sie auch an zu schmeicheln.“

„Nein, Fräulein Helene, ich schmeichele gar nicht. Sie wissen das schon. Ich habe es wohl seinerzeit gründlich gelernt, habe es mir aber ebenso vollkommen wieder abgewöhnt. Sie waren heute wirklich ganz außerordentlich liebenswürdig.“

„Dafür rechne ich mich, indem ich behaupte, daß Sie kein prachtvoller Mensch sind, wie Sie eben gemeint haben.“

Dorned lächelte etwas melancholisch, wie es seine Art geworden war.

„Wenn ich nicht praktisch-mädchen wäre, dann müßte ich als poetisch-phantasievoll gelten, und das werden Sie doch wohl nicht behaupten wollen?“

„Zedenfalls sind Sie das eher als das Gegenteil. Sie machen sich überhaupt immer selbst klein. Das ist gar nicht hübsch von Ihnen.“

„Ihm wurde es bei diesen Worten warm ums Herz. Er hörte mit Entzücken, daß das herrliche Mädchen ihn gegen sich selbst verteidigte.

„Ich finde da an Ihnen einen Anwalt, wie kein Gerichtshof der Welt mir einen besseren stellen könnte. Ich frage mich nur, ob ich jowiel Freundschaft auch wahrhaft verdienen.“

„Sehen Sie, da haben wir schon wieder Ihre ewigen Zweifel an sich selbst. In diesem einen Punkte sind Sie nicht besser geworden in den vielen Jahren, seit Sie von uns Abschied genommen haben.“

„In dem einen Punkte?“ fragte Dorned mit verblüfftem Atem, als fände er eine Silbe von ihrer Antwort zu überhören. „So soll ich in anderer Beziehung wirklich besser geworden sein?“

„Ja,“ meinte Helene lebhaft und in ihrem Eifer etwas erötend, „das sind Sie gewiß.“

„Wie doch, Fräulein Helene, was ist eigentlich an mir besser geworden?“

„Sie sind reifer, ernster, weiterfahrener, vielleicht sogar gemütvoller geworden — mit einem Wort, ein ganzer Mann.“

Die kleine Unschuld merkte gar nicht, was sie mit ihrer Verteidigungsrede alles verriet. Umso besser erkannte es Dorned. Er sah ihre kleine Hand und sagte etwas leiser: „Fräulein Helene, wie soll ich Ihnen danken für diese gütige, liebevolle Art, in der Sie über den fabrenden Geistlichen urteilen?“

Wie er jetzt ihre Hand ergriffen hatte und sie festhielt, da wurde Helene mit einem Male tiefrot im ganzen Gesicht. Sie wagte es plötzlich nicht mehr, die Augen aufzudrücken zu dem Manne, dem sie eben eine solche Lobrede gehalten, und ihre Hand begann zu zittern.

„Sie brauchen gar nicht zu danken,“ sagte sie flößend, „es ist ja alles wahr, was ich gefragt habe.“

„Helene, wenn es wahr ist, was Sie gesagt haben, werden Sie auch diesem guten, trefflichen Menschen immer eine Freundin sein?“

„O, gewiß,“ antwortete sie, indem sie mit dem Kopf nickte, noch immer ohne dabei emporzusehen.

